

## **„Brexit“, die Kontroverse um Schusswaffengesetze nach dem Orlando-Massaker und das Phänomen Donald Trump**

*Zusammenfassung der U.S.-Berichterstattung vom 13. bis zum 19. Juni 2016*

(av) In dieser Woche befasste sich die U.S.-amerikanische Presse hauptsächlich mit dem bevorstehenden Votum der Briten über den Verbleib oder Austritt aus der Europäischen Union, den blutigen Vorfällen in Orlando und der (erneut) darauf folgenden Diskussion über die bestehenden Schusswaffengesetze und dem Phänomen Donald Trump.

Am nächsten Donnerstag werden die Wähler in Großbritannien darüber abstimmen, ob sie in der Europäischen Union bleiben möchten oder es vorziehen, auszutreten. Trotz der vorausgesagten wirtschaftlich und politisch verheerenden Folgen wollen sich einige der Briten nicht mehr von Bürokraten aus Brüssel regieren lassen und sehen ihre Identität, Souveränität und Werte bedroht. Die Debatte ist in den letzten Wochen immer hitziger und leidenschaftlicher geworden und erreichte letzte Woche Donnerstag ihren traurigen Höhepunkt, als Helen „Jo“ Cox, eine Politikerin der Labour Party, die den Verbleib in der EU befürwortete, ermordet wurde. Die *New York Times* spricht von dem britischen Versuch „Amerika wieder erfolgreich zu machen“, sieht dies jedoch als genauso illusorisch und möglicherweise ebenso gefährlich an wie Trumps Rhetorik. Die Zeitung beschreibt den Brexit mit Worten wie „Desaster“, „Dummheit“, oder „Fehler“ und prophezeit „finanzielles Chaos und Verlust“. Sie fürchtet ein durch den Austritt Großbritanniens erstarkendes Deutschland im Herzen Europas und gibt zu bedenken, dass der Brexit andere euroskeptische Länder und Gruppen zu reaktionärem und rassistischem Nationalismus verleiten könnte. Außerdem geht die *New York Times* auf ein weiteres Problem ein: Selbst wenn sich die Bürger für einen Austritt aus der EU aussprechen; das Parlament ist vorwiegend pro-Europa – wer setzt sich durch: der bindende Volksentscheid oder das Parlament, das der Sitte nach nicht überstimmt werden kann? Die EU sei nicht ideal, jedoch würde ein Austritt fatale Konsequenzen für Großbritannien, Europa und auch die USA nach sich ziehen. Die Zeitung drängt Großbritannien dazu, sich nicht von dem Geist alter imperialistischer Nostalgie und Herrlichkeit leiten zu lassen. Die *Washington Post* zeigt sich ebenfalls besorgt angesichts des

bevorstehenden Bürgerentscheids. Auch sie sieht einen gefährlichen Weg für die Welt, Europa und Großbritannien voraus, falls dieses sich für einen Brexit entscheidet. Es werde zu wirtschaftlicher Ungewissheit und politischen Spannungen und Konflikten kommen. Die Zeitung hebt hervor, dass sich durch einen Austritt nicht die Realität ändern werde, sondern nur die Stellung Großbritanniens, das durch einen Austritt nur weniger einflussreich sein wird.

Weiterhin schlug das Massaker in Orlando, Florida hohe Wellen in der U.S.-amerikanischen Presse, bei dem Omar Makeen in der Nacht zum Sonntag in einem LGBT Nachtclub 49 Menschen umbrachte und 53 weitere verletzte. Omar Makeen war gebürtiger New Yorker, radikalisierte sich jedoch über das Internet und verübte seinen Anschlag im Namen des Islamischen Staates. Die *LA Times* spricht von nationalem Versagen. Es sei eine Peinlichkeit, dass man nach all dem, was passiert sei, es nicht schaffe, die Kontroverse um die Schusswaffengesetze effizient und folgerichtig zu lösen. Die Zeitung ruft dazu auf, den Versprechungen gerecht zu werden und nicht in familiäre Routine zurück zu fallen: Entsetzen, öffentliche Trauer, Wut, endlose Debatten, und schlussendlich ein Hinnehmen ohne Konsequenzen für die Waffenkontrolle. Angesichts des Vorschlages, Personen auf der „no-fly“-list (Personen, die Verbindungen zu terroristischen Gruppen haben, oder dessen verdächtig werden) keine Waffen mehr zu verkaufen, macht die Zeitung allerdings auch darauf aufmerksam, dass bisher nicht definiert wurde, was man unter „verdächtig“ versteht. Dies könne dazu führen, dass auch unschuldige Personen ohne Kontrolle willkürlich auf die „no-fly“-list geraten und so in ihren Rechten eingeschränkt werden. Auch die *New York Times* äußerte sich zu diesem Thema: Die Zeitung verlangt eine bessere Überprüfung von Kunden von Schusswaffen und kleineren Magazine. Es sei nicht notwendig, dass Zivilisten Kriegswaffen besitzen. Außerdem ist es laut der Zeitung nicht genug, nur sein Beileid kund zu tun und danach zu schweigen; sie fordert ihre Leser dazu auf, aktiv an der Diskussion teilzunehmen. Des Weiteren warnt die *New York Times* davor, diese Debatte zu sehr zu politisieren. Man dürfe nicht vergessen, die Diskussion weiterhin ehrlich und wahrheitsgemäß zu führen. Auch die *Washington Post* zeigt sich entsetzt über die Ereignisse in Orlando. Sie kritisiert die allgemeine gesellschaftliche Einstellung zu dieser Art von Vorfällen: „Die Argumente für und wider strengerer Waffengesetze sind uns mittlerweile so bekannt, da können wir auch gleich einfach auf ‚Wiederholung‘ drücken und uns die Diskussion sparen“. Die Zeitung wendet sich direkt an die U.S.-amerikanische Regierung und findet deutliche Worte: „Um Gottes Willen, sorgen Sie dafür, dass es funktioniert!“ Außerdem macht die Zeitung darauf aufmerksam, dass erstmals die Kontroverse um Schusswaffengesetze auch ein

Teil des Wahlkampfes geworden ist. Anders als die *New York Times* befürwortet die *Washington Post* diese Tatsache.

Die U.S.-amerikanische Presse kommentiert auch weiterhin das „Phänomen Trump“. Laut der *LA Times* ist Trump ungeeignet als Präsident der Vereinigten Staaten, und die Zeitung ruft die Republikanische Partei dazu auf, Trump als ungeeignet zu erkennen. Die Zeitung erinnert die Mitglieder der Republikanischen Partei daran, dass, wenn Trump Präsident werden sollte, die Partei seine Programme unterstützen und verteidigen muss, genauso wie sie seine Exzesse zügeln muss. Dies sei der Zeitpunkt, wenn die eigentlichen Schwierigkeiten erst anfangen. Die *New York Times* bezeichnet Trump sogar als Vervollkommnung des Bösen und hebt negativ hervor, dass es Trump offenbar nicht möglich sei, seine Zunge angemessen im Zaum zu halten. Sein eigenes Verhalten lasse an seiner Eignung für das Präsidentenamt zweifeln. Auch der *Boston Globe* schließt sich dieser Meinung an. Die Zeitung warnt davor, Trump fälschlicherweise zu idealisieren und darauf zu hoffen, dass er sich ändern werde, wenn er erstmal Präsident ist. Das Verhalten des Präsidentschaftskandidaten Trump sei das Gleiche, das man auch von Präsident Trump erwarten dürfe. Weiterhin weist die Zeitung darauf hin, dass es nicht länger möglich sei, seine kontroversen Aussagen, Fehler und Fettnäpfchen zu ignorieren und sie für nichtig zu erklären. Wie die anderen Zeitungen stellt sich auch die *Washington Post* gegen Trump. Die Zeitung hebt vor allem sein Verhalten als schlechtes Vorbild, unter anderem für Kinder, die USA selber und auch den Rest der Welt, hervor. Des Weiteren zeigt sie sich ungläubig angesichts Trumps Versprechen, sich verstärkt des Präsidentschaftsamtes würdig und angemessen zu verhalten. Die Zeitung erinnert ihre Leser an die vielen kontroversen und oftmals verstörenden Fehlritte Trumps während seiner Kampagne und unterstützt ihre Meinung mit einer Vielzahl von Beispielen: Man möge sich doch bitte daran erinnern, dass er Carly Fiorina wegen ihres Aussehens beschimpfte, und dass er Namen wie „fettes Schwein“, „Hund“, oder „widerwärtiges Tier“ verwendete für Frauen die er nicht mochte; oder dass er illegale Einwanderer aus Mexico als Vergewaltiger bezeichnete, oder dass er sich bereit erklärte, die Gerichtskosten für diejenigen seiner Anhänger zu bezahlen, die Demonstranten bei seinen Veranstaltungen attackieren würden – nur um einige der angeführten Beispiele zu nennen.

#### Quellen:

[www.washingtonpost.com](http://www.washingtonpost.com)

www.latimes.com

www.nytimes.com

[www.bostonglobe.com](http://www.bostonglobe.com)